**Antworten der**

**Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)**

**auf die Fragen des Lesben- und Schwulenverbandes**

**zur Europawahl 2014**

1. **EU-weite Roadmap für Gleichheit einführen**

   **Wird sich Ihre Partei im EU-Parlament dafür stark machen, dass die EU auch tatsächlich einen umfassenden Fahrplan für die Gleichheit und Nichtdiskriminierung LSBTI erhält? Wie wollen Sie das erreichen?**

**Antwort:**

Die CSU steht zu dem für die Europäischen Verträge grundlegenden Subsidiaritätsprinzip: Probleme sollten möglichst nahe bei den Bürgerinnen und Bürgern gelöst werden. Der rechtliche Schutz vor Diskriminierung sollte daher vorrangig auf der Ebene der Mitgliedstaaten geregelt werden.

2. **Antidiskriminierungsrichtlinien ausbauen**

   **Wir sich Ihre Partei für eine zügige Einführung und Umsetzung der seit 2008 diskutierten Antidiskriminierungsrichtlinie einsetzen? Wie steht die Partei zur Antidiskriminierungspolitik von Parlament und Kommission? Wir Ihre Partei künftig EU-Förder- und Aktionsprogramme befürworten, die auf Diskriminierungsabbau und Gleichberechtigung in allen EU-Staaten abzielen?**

**Antwort:**

Eine neue Antidiskriminierungsrichtlinie könnte den in Deutschland erreichten Standard nicht verbessern, würde aber dagegen Rechtsunsicherheit und bürokratische Lasten erzeugen. Bereits die Umsetzung der bisherigen Antidiskriminierungsrichtlinien hat zu einer großen Rechtsunsicherheit in den Mitgliedstaaten geführt. Der vorliegende Entwurf der 5. Antidiskriminierungsrichtlinie enthält eine Vielzahl von unklaren Begrifflichkeiten, die bei einer Verabschiedung ähnliche Probleme für die Zukunft befürchten lassen. Darüber hinaus sind die finanziellen Folgewirkungen des Richtlinienvorschlags nicht geklärt. Daher sehen wir keine Notwendigkeit für eine neue Antidiskriminierungsrichtlinie.

3. **Menschenrechte für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender schützen**

   **Wie wird sich Ihre Partei im Europäischen Parlament dafür einsetzen, dass Mitgliedsstaaten, die die Rechte von LSBTI verletzen, von der EU-Kommission zur Rechenschaft**

**gezogen werden können? Wird sich Ihre Partei zur konsequenten Fürsprecherin der Yogyakarta-Prinzipien machen und sich dafür einsetzen, dass diese menschenrechtspolitischen Prüfsteine nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb der EU weitere Anerkennung finden? Wie will Ihre Partei darüber hinaus die Menschenrechte von LSBTI in aller Welt voranbringen?**

**Antwort:**

Bereits heute wird den Rechten der LSBTI in der deutschen Auswärtigen Politik und Entwicklungszusammenarbeit große Bedeutung beigemessen. Artikel 2, Absatz 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte lautet: „Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand."

Diese weit gefasste und insbesondere durch die Aussage „oder sonstigem Stand" offene Formulierung umfasst auch die Rechte der LSBTI. Dies gilt vor allem in Zusammenschau mit Artikel 7 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Gleichheit vor dem Gesetz). Die unionsgeführte Bundesregierung wendet sich daher in allen Aspekten der auswärtigen Beziehungen gegen jede Benachteiligung aufgrund von sexueller Orientierung und setzt sich konsequent gegen die Diskriminierung von LSBTI ein.

Der Einsatz der unionsgeführten Bundesregierung gegen die Diskriminierung und für die Rechte von LSBTI erfolgt auch im Rahmen der Vereinten Nationen. Eine offene und sachliche Diskussion über Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechteridentität ist aber innerhalb der Vereinten Nationen immer noch stark tabuisiert. Ein Abkommen zu dem Bereich ist angesichts der weltweit in vielen Staaten noch vorhandenen Kriminalisierung schwierig zu verhandeln. Trotzdem sind Fortschritte zu verzeichnen, so z. B. mit den von Ihnen angesprochenen „Yogyakarta-Prinzipien". Die CSU betrachtet die Yogyakarta-Prinzipien als einen Beitrag der Zivilgesellschaft, der die Debatte zum Thema Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechteridentität versachlichen kann. Die Bundesregierung setzt sich für die Aufnahme der Yogyakarta-Prinzipien in den EU-LSBTI-Maßnahmenkatalog ein.

Der Maßnahmenkatalog der EU zur Förderung und zum Schutz der Ausübung aller Menschenrechte durch Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender-Personen reagiert auf Verletzungen von Menschenrechten bei LSBTI-Personen in Drittländern. Im Vordergrund stehen Maßnahmen zur Entkriminalisierung der LSBTI, ihrer Gleichstellung und gegen ihre Diskri-

minierung sowie zum Schutz und zur Unterstützung von Menschenrechtsverteidigern, die sich für LSBTI-Rechte einsetzen. Von 2013 bis 2015 gehört Deutschland dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen an. In diesem Zeitraum wollen wir uns dafür einsetzen, das Profil der Institution als maßgebende Instanz des internationalen Menschenrechtsschutzes zu schärfen.

Das Förderaufkommen für LSBTI-Projekte weltweit ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Deutschland hat 2010 beispielsweise ein Förderaufkommen für LSBTI in Höhe von fast zwei Millionen Euro aufgebracht. Davon wurden rund 700.000 Euro als Regranting ausgewiesen, d. h. Geld wurde von Organisationen als eingeworbene Fördermittel für zweckbezogene Programme zur Verfügung gestellt. Nach unserer Auffassung braucht es für eine weltweite Verbreitung von LSBTI-Menschenrechten insbesondere starke Akteure vor Ort. Gerade angesichts nicht nur staatlicher, sondern auch gesellschaftlich getragener Diskriminierung von LSBTI erscheinen starke, lokal verankerte Akteure als wichtiger Ansatzpunkt, um Vorurteile aufzubrechen. Ebenso wollen wir dafür werben, dass auch private Stiftungen die internationalen Menschenrechte noch stärker fördern und dabei auch Möglichkeiten nutzen, LSBTI gezielt mit in ihr Tätigkeitsfeld einzubeziehen, da es sich bei dieser Thematik um eine nicht nur staatliche Aufgabe handelt.

## 4. Maßnahmen gegen homophobe und transphobe Hassverbrechen ergreifen

**Unterstützt Ihre Partei die gesetzgeberischen Empfehlungen der EU-Grundrechteagentur und des EU-Parlaments gegen Hassverbrechen aufgrund der sexuellen Ausrichtung und Geschlechtsidentität? Welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei darüber hinaus vor, um gegen das Problem der Homophobie und Transphobie innerhalb der EU vorzugehen?**

**Antwort:**

Die CSU wirbt für Toleranz und wendet sich gegen homophobe Tendenzen genauso wie gegen jede Form der Diskriminierung. Das haben wir erneut im Koalitionsvertrag für die nächste Legislaturperiode bekräftigt: „Wir verurteilen Homophobie und Transphobie und werden entschieden dagegen vorgehen. Wir werden den ‚Nationalen Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz' um das Thema Homo- und Transphobie erweitern."

In Deutschland haben wir für einen wirksamen Diskriminierungsschutz mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) die Antidiskriminierungsstelle des Bundes bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geschaffen, die sowohl als Ansprechpartner für alle von Diskriminierung betroffenen fungiert, als auch mit eigenen Programmen zu einem Abbau von Diskriminierung beiträgt. Toleranz gegenüber Schwulen, Lesben und Transgendern sollte nach unserer Auffassung auch im Rahmen von Programmen zur Gewaltprävention Thema sein.

Die Berücksichtigung rassistischer, fremdenfeindlicher und sonstiger menschenverachtender Tatmotive soll künftig bei der Strafzumessung in Strafurteilen eine Rolle spielen. Gleichzeitig müssen wir uns aber bewusst sein, dass der Gesetzgeber sich nicht auf symbolische Änderungen bei den Strafzumessungsregeln beschränken darf. Es muss vielmehr durch geeignete Regelungen sichergestellt werden, dass die nötigen Informationen möglichst schon zu Beginn eines Strafverfahrens erhoben und angemessen berücksichtigt werden.

## 5. Neue Familienformen europaweit anerkennen

**Wird sich Ihre Partei für die europaweite gegenseitige Anerkennung von eingetragenen Partnerschaften und gleichgeschlechtlichen Ehen einsetzen sowie für die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Familien? Werden Sie dafür Sorge tragen, dass gleichgeschlechtliche Paare und ihre Kinder bei der Freizügigkeit innerhalb der Union nicht länger diskriminiert werden? Wir sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die EU rechtliche Lücken in der Frage der Freizügigkeit und gegenseitigen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Familien schließt?**

**Antwort:**

In Deutschland gibt es für gleichgeschlechtliche Paare die eingetragene Lebenspartnerschaft. Daran möchten wir festhalten; eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare lehnen wir ab. Der CSU geht es um den besonderen Schutz von Ehe und Familie, ohne aber gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften zu diskriminieren oder gar auszugrenzen.

## 6. Rechte von Trans- und Intersexuellen gewährleisten

**Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass in allen EU-Staaten alle Menschenrechtsverletzungen an trans- und intersexuellen Menschen abgestellt werden? Was wird Ihre Partei unternehmen, um die EU-Kommission davon zu überzeugen, Maßnahmen zum Schutz von intersexuellen Menschen zu ergreifen?**

**Antwort:**

Der Schutz intersexueller Menschen vor Diskriminierung wird durch die Rechtsordnung gewährleistet. Intersexualität ist vom Schutzbereich des Merkmals „sexuelle Identität" mit umfasst, wie in der Begründung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz ausdrücklich festgestellt ist.

Seit 1. Februar 2013 gilt zudem folgende Änderung im Personenstandsgesetz: Wird bei der Geburt eines Kindes das Geschlecht nicht eindeutig festgestellt, kann zukünftig auf den entsprechenden Eintrag im Personenstandsregister verzichtet werden. Intersexuelle werden damit nicht mehr auf ein Geschlecht festgelegt, sondern entscheiden selbst, welches Geschlecht sie wählen.

Darüber hinaus haben wir im Koalitionsvertrag für die nächste Legislaturperiode eine Evaluierung vorgesehen: „Die durch die Änderung des Personenstandrechts für intersexuelle Menschen erzielten Verbesserungen werden wir evaluieren und gegebenenfalls ausbauen und die besondere Situation von trans- und intersexuellen Menschen in den Fokus nehmen."

## 7. Mobbing an Schulen bekämpfen

**Wird Ihre Partei sich gegenüber der Kommission dafür einsetzen, dass EU-weit Programme und Maßnahmen gegen Mobbing und auch gegen Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung und Geschlechtsidentität umgesetzt werden?**

**Antwort:**

Diskriminierung und Benachteiligung, egal welchen Ursprungs, darf es auch in den Bereichen Schule und Kinderbetreuung nicht geben. Wir wollen ein soziales Miteinander, kein Nebeneinander und dafür setzten wir uns von Seiten der Politik entschlossen ein. Wir verfügen über zahlreiche rechtspolitische Regelungen gegen Diskriminierung und betreiben erfolgreiche Inklusions- und Integrationspolitik. Auch in diesem Bereich sehen wir aber zunächst die einzelnen Nationalstaaten nach dem Subsidiaritätsprinzip in der Pflicht.

## 8. Verfolgten Aufnahme und Asyl in der EU gewähren

**Wird Ihre Partei sich gegenüber der Kommission und Parlament dafür einsetzen, dass eine Umsetzung der EU-Richtlinien im Umgang mit verfolgen Homo- und Transsexuellen in den Mitgliedsstaaten überwacht wird? Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass EU-weite Maßnahmen zur Schulung von Personal im Umgang mit homo- und transsexuellen Flüchtlingen durchgeführt werden? Was werden Sie weiter tun, um den Schutz von homo- und transsexuellen Flüchtlingen in Europa zu erhöhen?**

**Antwort:**

Die CSU tritt für den Schutz politisch Verfolgter ein, wie es unserem Grundgesetz und der aus unserem christlich geprägten Menschenbild entspringenden Verantwortung entspricht. Wer politisch verfolgt wird und schutzbedürftig ist, muss auf Deutschland vertrauen können. Deshalb bekennen wir uns zum Grundrecht auf Asyl. Wir setzen uns im Interesse der Betroffenen für zügige Verfahren bei Ausländerbehörden und Verwaltungsgerichten ein. Auch in Zukunft werden wir Flüchtlingen helfen, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Rasse oder sexueller Orientierung.

Auf EU-Ebene begrüßt die CSU die Fortentwicklung des gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Seit diesem Jahr gilt die neue Dublin-Verordnung und verstärkt die praktische Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten. Die EU verfügt über das weltweit modernste Flüchtlingsrecht mit sehr hohen Standards und Mindestnormen, z. B. hinsichtlich der Lebensbedingungen und materiell-rechtlichen Voraussetzungen.

## 9. Nichtdiskriminierung im Gesundheitswesen fördern

**Wird Ihre Partei sich gegenüber der Kommission für EU-weite Maßnahmen zum Abbau von bestehenden Diskriminierungen und Barrieren im Gesundheitssektor einsetzen? Wie sollen diese Maßnahmen aussehen?**

**Antwort:**

Im Zentrum unserer Gesundheitspolitik stehen die Patientinnen und Patienten und die Qualität ihrer medizinischen Versorgung. Wir wollen die jeweiligen Besonderheiten berücksichtigen, die sich aus der Frauen- und Männergesundheitsforschung insbesondere für die ge-

sundheitliche Versorgung und die Erarbeitung von medizinischen Behandlungsleitlinien ergeben. Kennzeichen einer guten medizinischen Versorgung ist der Zugang für jedermann, unabhängig von Einkommen, Alter und gesundheitlichem Zustand – das gilt selbstverständlich auch für LSBTI. In unserem Gesundheitssystem müssen sich alle Leistungserbringer gerade auch auf die besonderen Bedürfnisse jedes Einzelnen einstellen.